S 6 SO 1683/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Sozialhilfe – Bestattungskosten – Zumutbarkeit der Kostentragung – Berücksichtigung nachgezahlten Pflegegeldes
Leitsätze	Zur Frage der Zumutbarkeit des Einsatzes nachgezahlten Pflegegelds bei der Zahlung von Bestattungskosten.
Normenkette	SGB XII § 74; SGB XII § 90 Abs 1; SGB XII § 90 Abs 2 Nr 9; SGB XII § 90 Abs 3 S 1; SGB I § 56 Abs 1 S 1 Nr 1; BGB § 1968; BGB § 271 Abs 1; BSHG§88Abs2DV 1988 § 1 S 1 Nr 1

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 SO 1683/18
Datum	28.11.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 SO 4356/18
Datum	17.04.2019

3. Instanz

Datum	11.09.2020

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ¼rttemberg vom 17. April 2019 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurÃ¼ckverwiesen.

GrÃ¼nde:

I

1

Im Streit ist die Ãbernahme von weiteren Bestattungskosten iHv 1422,50 Euro.

2

Die KlÃ¤gerin bezieht laufend Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Grundsicherungsleistungen) nach dem Vierten Kapitel des Sozialgesetzbuchs ZwÃ¶lftes Buch â Sozialhilfe â (SGB XII). Ihr Ehemann, den sie bis zu seinem Tod pflegte, verstarb am 19.6.2017. Am selben Tag wurden dem Konto, das auf den Namen des Ehemanns lautet, 2912 Euro gutgeschrieben. Es handelte sich um Pflegegeld fÃ¼r selbst beschaffte Pflegehilfen (Â§ 37 Sozialgesetzbuch Elftes Buch â Soziale Pflegeversicherung (SGB XI)), das die Pflegekasse dem Ehemann fÃ¼r die Monate MÃ¤rz bis Juni 2017 Ã¼berwiesen hatte.

3

Vom Bestatter wurden der gemeinsamen Tochter, die die Verhandlungen mit diesem fÃ¼hrte, 2771 Euro berechnet (zwei Rechnungen vom 3.7.2017) und weitere 4066 Euro von der Stadt K. als BestattungsgebÃ¼hren in Rechnung gestellt (Bescheid vom 7.8.2017). Die Rechnung des Bestatters beglichen die KlÃ¤gerin und ihre Tochter je zur HÃ¤lfte. Auf den Antrag der KlÃ¤gerin auf Ãbernahme ihres Anteils an den Bestattungskosten bewilligte der Beklagte 147,31 Euro mit der BegrÃ¼ndung, es seien lediglich Bestattungskosten iHv (insgesamt) 3608 Euro anzuerkennen. Das Pflegegeld, weiteres Bankguthaben des Ehemanns und der Anteil des Ehemanns an der Mietkaution (377,50 Euro) seien als VermÃ¶gen einzusetzen (Bescheid vom 24.10.2017; Widerspruchsbescheid vom 4.4.2018).

4

Die Klage beim Sozialgericht (SG) Freiburg, die zunÃ¤chst auf die Ãbernahme von Bestattungskosten iHv 1796,75 Euro gerichtet war, hat die KlÃ¤gerin nach Abschluss eines Teilvergleichs Ã¼ber die Zahlung von 456,50 Euro auf die Ãbernahme weiterer Bestattungskosten iHv 1422,50 Euro beschrÃ¤nkt. Das SG hat die Klage abgewiesen (Urteil vom 28.11.2018). Das Landessozialgericht (LSG) Baden-WÃ¼rttemberg hat dieses Urteil aufgehoben und den Beklagten verurteilt, weitere Kosten der Bestattung iHv 1422,50 Euro zu Ã¼bernehmen (Urteil vom 17.4.2019). Zur BegrÃ¼ndung hat es ausgefÃ¼hrt, der KlÃ¤gerin sei der Einsatz des Pflegegeldes, das Teil des Nachlasses geworden sei, wegen dessen besonderer Zweckbestimmung nicht zumutbar.

5

Mit seiner Revision rÃ¼gt der Beklagte die Verletzung von Â§ 74 SGB XII.

6

Der Beklagte beantragt sinngemÃ¤Ã,
das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ¼rttemberg vom 17. April 2019 aufzuheben und die Berufung der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Freiburg vom 28. November 2018 zurÃ¼ckzuweisen.

7

Die KlÃ¤gerin beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

8

Sie hÃ¤lt das Urteil des LSG fÃ¼r zutreffend.

II

9

Die Revision des Beklagten ist im Sinne der Aufhebung des Urteils des LSG und der ZurÃ¼ckverweisung der Sache an dieses Gericht zur erneuten Verhandlung und Entscheidung begrÃ¼ndet (Â§ 170 Abs 2 Satz 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG)). Der Senat kann nicht abschlieÃend entscheiden, ob die KlÃ¤gerin einen Anspruch auf Ãbernahme weiterer Kosten der Bestattung nach Â§ 74 SGB XII hat.

10

Gegenstand des Verfahrens ist der Bescheid vom 24.10.2017 idF des Widerspruchsbescheids vom 4.4.2018 (Â§ 95 SGG), gegen den sich die KlÃ¤gerin zutreffend mit der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage (Â§ 54 Abs 1 und 4, Â§ 56 SGG) wendet. Den streitgegenstÃ¤ndlichen Anspruch auf Ãbernahme weiterer Kosten der Bestattung hat sie bereits vor dem SG der HÃ¶he nach auf die Zahlung weiterer 1422,50 Euro begrenzt. Durch den Teilvergleich haben die Beteiligten den Streitgegenstand â entgegen der Auffassung der Vorinstanzen â nicht weitergehend auf die Frage begrenzt, ob das Pflegegeld âbei der LeistungshÃ¶he BerÃ¼cksichtigung finden kannâ (vgl Ziffer 2 Satz 1 des Teilvergleichs). Um einen abgrenzbaren Streitgegenstand handelt es sich insoweit nicht. Ein Teilvergleich Ã¼ber einzelne Berechnungselemente setzt aber voraus, dass sich die Beteiligten in allen anderen Punkten wirksam geeinigt haben und so nach abschlieÃender Entscheidung Ã¼ber den verbleibenden Teil sicher anzunehmen ist, dass der Streit insgesamt bereinigt werden kann (vgl nur Bundessozialgericht (BSG) vom 20.9.2012 â B 8 SO 4/11 R â BSGE 112, 54 = SozR 4â3500 Â§ 28 Nr 8, RdNr 13 mwN; Becker in Hauck/Noftz, SGB X, Stand Mai 2017, K Â§ 54 RdNr 70a). Dies ist vorliegend nicht der Fall. Unter Ziffer 1 des Vergleichs haben sich die Beteiligten lediglich dahin geeinigt, dass von einer vom Bestatter in Rechnung gestellten Pauschale iHv 300 Euro (ua fÃ¼r die DurchfÃ¼hrung der Bestattung) 75 Euro als weitere Bestattungskosten zugrunde zu legen seien, der Anteil des Ehemanns an der Mietkaution nicht als einzusetzendes VermÃ¶gen der KlÃ¤gerin zu berÃ¼cksichtigen sei und der Beklagte das Pflegegeld

um vier Euro zu hoch beziffert habe. Da Ã¼ber die Berechnung der Ã¼bernahmefÃ¤higen Bestattungskosten, die die KlÃ¤gerin nach den Feststellungen des LSG im Verwaltungsverfahren mit nahezu 3500 Euro beziffert hatte, im Ãbrigen keine Einigung getroffen worden ist, steht indes nicht schon nach Abschluss des Teilvergleichs fest, dass allein die NichtberÃ¼cksichtigung des Pflegegelds zu einem weitergehenden Erfolg der KlÃ¤gerin fÃ¼hren kÃ¶nnte. Das LSG wird deshalb nach der ZurÃ¼ckverweisung der Sache die Anspruchsberechtigung dem Grunde und der HÃ¶he nach umfassend zu prÃ¼fen haben.

11

Rechtsgrundlage des geltend gemachten Anspruchs ist Â§ 74 SGB XII (idF des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003, BGBl I 3022), wonach die erforderlichen Kosten einer Bestattung Ã¼bernommen werden, soweit den hierzu Verpflichteten nicht zugemutet werden kann, die Kosten zu tragen.

12

Der Senat kann mangels hinreichender Feststellungen des LSG schon nicht beurteilen, ob der Beklagte â der als Ã¶rtlicher TrÃ¤ger der Sozialhilfe sachlich zustÃ¤ndiger LeistungstrÃ¤ger ist (Â§ 97 Abs 1, Â§ 97 Abs 2 Satz 1 SGB XII iVm Â§ 2 des Gesetzes zur AusfÃ¼hrung des SGB XII (AGSGB XII) idF vom 1.7.2004; Gesetzblatt fÃ¼r Baden-WÃ¼rttemberg (GBl) 469) â Ã¶rtlich zustÃ¤ndig ist. In den FÃ¤llen des Â§ 74 SGB XII ist der TrÃ¤ger der Sozialhilfe Ã¶rtlich zustÃ¤ndig, der bis zum Tod der leistungsberechtigten Person Sozialhilfe leistete, in anderen FÃ¤llen der TrÃ¤ger der Sozialhilfe, in dessen Bereich der Sterbeort liegt (Â§ 98 Abs 3 SGB XII). Feststellungen zum Bezug von Sozialhilfe des Ehemanns fehlen ebenso wie solche zum Sterbeort.

13

Der Senat kann darÃ¼ber hinaus nicht entscheiden, ob und in welcher HÃ¶he die KlÃ¤gerin zur Tragung der Kosten der Bestattung verpflichtet und damit Anspruchsberechtigte nach Â§ 74 SGB XII ist. Die Verpflichtung zur Kostentragung wird in Â§ 74 SGB XII vorausgesetzt. Sie kann insbesondere erbrechtlich oder unterhaltsrechtlich begrÃ¼ndet sein oder aufgrund landesrechtlicher Bestattungspflichten bestehen. Verpflichteter ist, wer der Kostenlast von vornherein nicht ausweichen kann, weil sie ihn rechtlich notwendig trifft (vgl zum Ganzen BSG vom 28.8.2011 â B 8 SO 20/10 R â BSGE 109, 61 = SozR 4â3500 Â§ 74 Nr 2, RdNr 17; BSG vom 29.9.2009 â B 8 SO 23/08 R â BSGE 104, 219 = SozR 4â3500 Â§ 74 Nr 1, RdNr 13).

14

Das LSG hat ohne weitere BegrÃ¼ndung ausgefÃ¼hrt, die KlÃ¤gerin und die Tochter seien Miterbinnen nach dem Ehemann bzw Vater je zur HÃ¤lfte; in Betracht

kommt damit eine erbrechtliche Verpflichtung nach Â§ 1968 BÃ¼rgerliches Gesetzbuch (BGB). Weitere Feststellungen, die die rechtliche WÃ¼rdigung, die KlÃ¤gerin sei Miterbin, (abschlieÃend) tragen, hat das LSG aber nicht getroffen. Dies wird es ggf nachzuholen haben.

15

Wenn die KlÃ¤gerin entsprechend der gesetzlichen Erbfolge (vgl Â§ 1931 BGB) neben ihrer Tochter Erbin nach ihrem Ehemann ist und damit nach Â§ 1968 BGB zur Tragung von Bestattungskosten verpflichtet war, verlangt Â§ 74 SGB XII weiter, dass der Verpflichtete einer Forderung im Hinblick auf die Bestattungskosten ausgesetzt (gewesen) ist (vgl LSG Nordrhein-Westfalen vom 7.10.2016 â L 9 SO 414/16 B â juris RdNr 7 ff; Oberverwaltungsgericht (OVG) fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen vom 30.10.1997 â 8 A 3515/95 â juris RdNr 4 ff; Gotzen, ZfF 2018, 121; Gotzen, ZfF 2006, 1, 3). Denn der sozialhilferechtliche Bedarf im Rahmen des Â§ 74 SGB XII ist die Entlastung des Verpflichteten von den Bestattungskosten, womit die Verbindlichkeit als solche als sozialhilferechtlicher Bedarf anerkannt wird (grundlegend BSG vom 29.9.2009 â B 8 SO 23/08 R â BSGE 104, 219 = SozR 4â3500 Â§ 74 Nr 1, RdNr 15). Die Kostenforderung kann sich zB aus einem GebÃ¼hrenbescheid der Friedhofsverwaltung, einem Bestattungsvertrag oder im Fall der Erbengemeinschaft einem â erfÃ¼llten oder tatsÃ¤chlich geltend gemachten â Ausgleichsanspruch nach Â§Â§ 1968, 2058, 426 BGB ergeben (zu Letzterem vgl LSG Nordrhein-Westfalen vom 7.10.2016 â L 9 SO 414/16 B â juris RdNr 7 f; Siefert, jurisPK-SGB XII, 3. Aufl 2020, Â§ 74 RdNr 28; Gotzen, ZfF 2018, 121, 122; Gotzen, Die Sozialbestattung, 2. Aufl 2016, Kap 2 RdNr 35 ff).

16

Eine Kostenforderung liegt hier in Bezug auf die Bestatterkosten vor, denn die KlÃ¤gerin hat hierdurch jedenfalls einen mÃ¶glichen Ausgleichsanspruch der Tochter als Miterbin nach Â§Â§ 1968, 2058, 426 BGB erfÃ¼llt. Ob sie einer darÃ¼ber hinausgehenden Kostenforderung â insbesondere als Miterbin â ausgesetzt (gewesen) ist, kann mangels Feststellungen des LSG nicht entschieden werden; gleiches gilt hinsichtlich der Frage, ob sie (Ã¼ber die geleisteten Zahlungen hinaus) als Gesamtschuldnerin einer Forderung aus dem Bestattungsvertrag ausgesetzt ist, weil Feststellungen dazu fehlen, ob sie neben der Tochter Vertragspartei wurde. Aus dem nur an die Tochter adressierten GebÃ¼hrenbescheid der Stadt vom 7.8.2017 folgt ebenfalls nicht ohne Weiteres eine Kostenforderung gegenÃ¼ber der KlÃ¤gerin.

17

DarÃ¼ber hinaus fehlen Feststellungen dazu, wofÃ¼r Kosten im Einzelnen Ã¼berhaupt angefallen sind, was zur PrÃ¼fung ihrer Erforderlichkeit aber unverzichtbar ist. Diese PrÃ¼fung verlangt eine den IndividualitÃ¤tsgrundsatz berÃ¼cksichtigende Entscheidung unter Beachtung religiÃ¶ser Bekenntnisse (Art 4 Grundgesetz (GG)) mit RÃ¼cksicht auf die auch nach dem Tod zu beachtende

MenschenwÃ¼rde, bei der den angemessenen WÃ¼nschen der Bestattungspflichtigen (Â§ 9 Abs 2 SGB XII) und ggf des Verstorbenen (Â§ 9 Abs 1 SGB XII) Rechnung zu tragen ist. Ãbernahmefähig sind nur die Bestattungskosten selbst, dh die Kosten, die unmittelbar der Bestattung dienen bzw mit ihrer DurchfÃ¼hrung untrennbar verbunden und angemessen sind (hierzu und den erforderlichen Ermittlungen vgl BSG vom 4.4.2019 â B 8 SO 10/18 R â SozR 4â3500 Â§ 74 Nr 3 RdNr 13; zum Verbot pauschaler Leistungsbegrenzung vgl BSG vom 25.8.2011 â B 8 SO 20/10 R â BSGE 109, 61 = SozR 4â3500 Â§ 74 Nr 2, RdNr 19). Insoweit hat das LSG lediglich festgestellt, welche Rechnungsposten der Beklagte nicht anerkannt hat, ohne â wie im HÃ¶henstreit erforderlich â Grund und HÃ¶he des Leistungsanspruchs in vollem Umfang zu Ã¼berprÃ¼fen (stRspr; vgl BSG vom 25.5.2005 â B 11a/11 AL 81/04 R â BSGE 95, 8 = SozR 4â4300 Â§ 140 Nr 1; BSG vom 20.10.2005 â B 7a AL 50/05 R â BSGE 95, 191 = SozR 4â4300 Â§ 37b Nr 2; BSG vom 14.4.2011 â B 8 SO 12/09 R â BSGE 108, 123 = SozR 4â3500 Â§ 82 Nr 7, RdNr 13; BSG vom 29.1.2008 â B 7/7a AL 40/06 R â SozR 4â4300 Â§ 130 Nr 3 RdNr 9).

18

Schließlich kann der Senat nicht entscheiden, ob der KlÃ¤gerin die Tragung der zu ermittelnden erforderlichen Kosten zumutbar ist. Die Beurteilung der Zumutbarkeit unterliegt als unbestimmter Rechtsbegriff der vollen gerichtlichen Ãberprüfung. Sie richtet sich nach den allgemeinen GrundsÃ¤tzen des Sozialhilferechts unter BerÃ¼cksichtigung der UmstÃ¤nde des Einzelfalls; wegen der von den Ã¼blichen sozialhilferechtlichen Bedarfssituationen abweichenden Struktur des Â§ 74 SGB XII sind hierbei jedoch Besonderheiten zu beachten (vgl nur BSG vom 4.4.2019 â B 8 SO 10/18 R â SozR 4â3500 Â§ 74 Nr 3 RdNr 14 ff; BSG vom 25.8.2011 â B 8 SO 20/10 R â BSGE 109, 61 = SozR 4â3500 Â§ 74 Nr 2, RdNr 24). Neben den wirtschaftlichen VerhÃ¤ltnissen des Verpflichteten kÃ¶nnen wegen des Zwecks des Â§ 74 SGB XII allerdings auch UmstÃ¤nde eine Rolle spielen, die im Allgemeinen sozialhilferechtlich unbeachtlich sind. Hierzu zÃ¤hlt beispielsweise die wirtschaftliche Auswirkung der Kostenbelastung im Einzelfall, selbst wenn sie nicht zur Ãberschuldung oder SozialhilfebedÃ¼rftigkeit des Verpflichteten fÃ¼hrt. Die wirtschaftlichen VerhÃ¤ltnisse der Verpflichteten (Â§Â§ 85 bis 91 SGB XII) haben dennoch eine besondere Bedeutung bei der PrÃ¼fung der Zumutbarkeit: Liegen die Voraussetzungen fÃ¼r die GewÃ¤hrung von Leistungen fÃ¼r den Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch â Grundsicherung fÃ¼r Arbeitsuchende â (SGB II) oder dem SGB XII vor, ist regelmÃ¤Ãig von Unzumutbarkeit auszugehen. Dabei macht das Wort âsoweitâ in Â§ 74 SGB XII deutlich, dass bei einer teilweisen Zumutbarkeit die Kosten im Ãbrigen zu Ã¼bernehmen sind (vgl zum Ganzen nur BSG vom 4.4.2019 â B 8 SO 10/18 R â SozR 4â3500 Â§ 74 Nr 3 RdNr 15 ff mwN).

19

MaÃgebender Zeitpunkt fÃ¼r die Beurteilung der BedÃ¼rftigkeit bzw Unzumutbarkeit aus anderen GrÃ¼nden ist nach allgemeinen sozialhilferechtlichen GrundsÃ¤tzen und dem Sinn und Zweck des Â§ 74 SGB XII die FÃ¤lligkeit der

Forderungen (Â§ 271 BGB) Ã¼ber die Bestattungskosten (vgl nur BSG vom 4.4.2019 â□□ B 8 SO 10/18 R â□□ SozR 4â□□3500 Â§ 74 Nr 3 RdNr 17 mwN). Die Rechnungen des Bestatters wurden im Juli 2017 gestellt, der Bescheid der Friedhofsverwaltung im August 2017 erlassen. Da es sich bei den Rechnungsdaten aber nur um Indizien fÃ¼r die FÃ¤lligkeit der Forderungen handelt, wird das LSG diese noch festzustellen haben.

20

Erst nach der weiteren Feststellung des genauen Zeitpunkts der Gutschrift des von der Pflegekasse Ã¼berwiesenen Betrags kann sodann entschieden werden, ob das Pflegegeld in den Nachlass fiel und in welcher HÃ¶he â□□ wie der Beklagte meint â□□ im maÃ□geblichen Zeitpunkt Ã¼berhaupt ein Nachlass vorhanden war (Â§ 1968 iVm Â§ 1967 Abs 2 BGB). Der genaue Buchungszeitpunkt ist dabei regelmÃ¤Ã□ig ohne Schwierigkeiten feststellbar, weil die Rechenzentren der Banken alle VorgÃ¤nge uhrzeitgenau festhalten (vgl BSG vom 26.4.2007 â□□ B 4 R 89/06 R â□□ SozR 4â□□1500 Â§ 170 Nr 2 RdNr 37 ff; Bundesgerichtshof (BGH) vom 28.10.1998 â□□ VIII ZR 157/97 â□□ juris RdNr 9). Der Nachweis der Stunde und Minute des Todes erfolgt anhand der entsprechenden Eintragung im Sterberegister bzw der vom Standesbeamten ausgestellten Sterbeurkunde (Â§Â§ 31, 54, 55, 60 Personenstandsgesetz (PStG)); der Nachweis der Unrichtigkeit der Eintragung ist dabei zulÃ¤ssig (Â§ 54 Abs 3 PStG).

21

Ist die Gutschrift erst nach Eintritt des Todes des Ehemanns erfolgt, dÃ¼rfte die KlÃ¤gerin wegen der ausgezahlten Sozialleistung Sonderrechtsnachfolgerin geworden sein (vgl Â§ 56 Abs 1 Satz 1 Nr 1 Sozialgesetzbuch Erstes Buch â□□ Allgemeiner Teil â□□ (SGB I)); dann wÃ¤re das Pflegegeld, anders als es das LSG fÃ¼r seine rechtliche Beurteilung vorausgesetzt hat, nicht in den Nachlass gefallen. Nach Â§ 56 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGB I stehen nÃ¤mlich fÃ¤llige AnsprÃ¼che auf laufende Geldleistungen beim Tode des Berechtigten dem Ehegatten zu, sofern er mit dem Berechtigten zur Zeit seines Todes in einem gemeinsamen Haushalt gelebt hat oder von ihm wesentlich unterhalten worden ist. Dagegen liegt kein Fall des Â§ 19 Abs 6 Halbsatz 1 Alt 2 SGB XII vor, der ua fÃ¼r den Anspruch auf â□□Pflegegeldâ□□ einen gesetzlichen ForderungsÃ¼bergang im Todesfall vorsieht; denn â□□Pflegegeldâ□□ iS des Â§ 19 Abs 6 SGB XII ist nur das Pflegegeld nach Â§ 64a Abs 1 Satz 2 SGB XII (vgl nur Coseriu in jurisPK-SGB XII, 3. Aufl 2020, Â§ 19 SGB XII RdNr 63).

22

Ist der Anspruch auf Pflegegeld auf die KlÃ¤gerin als Sonderrechtsnachfolgerin Ã¼bergegangen, weil â□□ was hier nahe liegt â□□ die Eheleute zuletzt vor dem Tod des Ehemanns in einem gemeinsamen Haushalt gelebt haben, handelt es sich bei dem aus seiner ErfÃ¼llung resultierenden Guthaben im Zeitpunkt der FÃ¤lligkeit der Bestattungskosten jedenfalls um VermÃ¶gen der KlÃ¤gerin iS des Â§ 90 SGB XII (vgl zur Abgrenzung von Einkommen und VermÃ¶gen nur BSG vom 19.5.2009 â□□ B

8 SO 35/07 R â□□ SozR 4â□□3500 Â§ 82 Nr 5 RdNr 14). Soweit im Zeitpunkt der FÃ¤lligkeit der Bestattungskosten das VermÃ¶gen Ã¼berhaupt noch vorhanden war, unterfÃ¤llt es zwar keinem der in Â§ 90 Abs 2 Nr 1 bis 8 SGB XII genannten AusnahmetatbestÃ¤nde, wÃ¤re aber vom allgemeinen Schonbetrag gemÃ¤Ã□ Â§ 90 Abs 2 Nr 9 SGB XII iVm Â§ 1 Satz 1 Nr 1 der Verordnung zur DurchfÃ¼hrung des Â§ 90 Abs 2 Nr 9 des SGB XII (idF der Zweiten Verordnung zur Ã□nderung der Verordnung zur DurchfÃ¼hrung des Â§ 90 Abs 2 Nr 9 des ZwÃ¶lften Buches Sozialgesetzbuch vom 22.3.2017, BGBl I 519) iHv 5000 Euro erfasst gewesen. Soweit dieser Schonbetrag Ã¼berschritten wurde, wird das LSG zu prÃ¼fen haben, inwieweit das Ã¼bersteigende VermÃ¶gen der HÃ¤rtefallregelung des Â§ 90 Abs 3 Satz 1 SGB XII unterfÃ¤llt, wonach die Sozialhilfe nicht vom Einsatz oder von der Verwertung eines VermÃ¶gens abhÃ¤ngig gemacht werden darf, soweit dies fÃ¼r den, der das VermÃ¶gen einzusetzen hat, und fÃ¼r seine unterhaltsberechtigten AngehÃ¶rigen eine HÃ¤rte bedeuten wÃ¼rde (zur Beurteilung der HÃ¤rte unter BerÃ¼cksichtigung der UmstÃ¤nde des Einzelfalls vgl BSG vom 25.8.2011 â□□ B 8 SO 19/10 R â□□ juris RdNr 22; BSG vom 11.12.2007 â□□ B 8/9b SO 20/06 R â□□ SozR 4â□□3500 Â§ 90 Nr 1 RdNr 15 f).

23

Der Charakter als Sozialleistungsanspruch Ã¤ndert sich im Fall der Sonderrechtsnachfolge grundsÃ¤tzlich nicht, weil der Anspruch in dem Zustand Ã¼bergeht, in dem er dem Berechtigten zustand (vgl hierzu Siefert in Kasseler Komm, Stand Juli 2020, Â§ 56 SGB I RdNr 34; Groth in jurisPK-SGB I, 3. Aufl 2018, Â§ 56 RdNr 43; HÃ¤nlein in Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann, Komm zum Sozialrecht, 6. Aufl 2019, Â§ 56 SGB I RdNr 12). FÃ¼r die HÃ¤rtefallprÃ¼fung ist in diesem Fall also der Zweck des Pflegegelds zu berÃ¼cksichtigen, der darin liegt, die erforderlichen kÃ¶rperbezogenen Pflege- und pflegerischen BetreuungsmaÃ□nahmen sowie Hilfen bei der HaushaltsfÃ¼hrung des PflegebedÃ¼rftigen zu decken (vgl nur BGH vom 29.1.2020 â□□ XII ZB 500/19 â□□ juris). Ob dieser Zweck auch bei nachtrÃ¤glicher Auszahlung des Pflegegelds noch erreicht werden konnte, wird das LSG aufzuklÃ¤ren haben.

24

Bei der HÃ¤rtefallprÃ¼fung wird zunÃ¤chst dem Umstand Bedeutung zukommen, dass es sich offenbar um eine Nachzahlung von Pflegegeld fÃ¼r die Monate MÃ¤rz bis Mai 2017 handelt (zur regelmÃ¤Ã□ig monatlichen Zahlungsweise vgl BSG vom 25.10.1994 â□□ 3/1 RK 51/93 â□□ SozR 3â□□2500 Â§ 57 Nr 4, S 8, 13; Hessisches LSG vom 30.10.2008 â□□ L 8 P 19/07 â□□ juris RdNr 21; Plantholz in LPK-SGB XI, 5. Aufl 2018, Â§ 37 RdNr 15; Wiegand in jurisPK-SGB XI, 2. Aufl 2017, Â§ 37 RdNr 31). Sollte sich hierfÃ¼r ein Grund ergeben, den der Ehemann nicht beeinflussen konnte, kÃ¶nnte der Sachverhalt anders bei angespartem Pflegegeld zu beurteilen sein (vgl dazu BGH vom 29.1.2020 â□□ XII ZB 500/19 â□□ juris), weil der Ehemann selbst das VermÃ¶gen nicht angespart hatte und es ihm als Einkommen nicht zeitnah zur zweckentsprechenden Verwendung zur VerfÃ¼gung stand (Ã¤hnlich BSG vom 30.4.2020 â□□ B 8 SO 12/18 R â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in SozR 4 vorgesehen, zur HÃ¤rte im Hinblick auf VermÃ¶gen aus einer nachgezahlten

Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)).

25

Das LSG wird ferner zur Beurteilung der HÃ¤rte zu ermitteln haben, ob im Zeitpunkt des Zuflusses Verbindlichkeiten aus Aufwendungen fÃ¼r die Pflege gegenÃ¼ber Dritten oder der KlÃ¤gerin bestanden haben und der seinem Zweck entsprechende Einsatz des Pflegegeldes noch mÃ¶glich war. Nur wenn dabei festgestellt werden kann, dass auf Grundlage einer Verabredung der Eheleute das Pflegegeld wegen der erbrachten Pflegeleistungen stets zum alleinigen Verbrauch durch die KlÃ¤gerin bestimmt war, kann dies zu einem HÃ¤rtegesichtspunkt in ihrer Person fÃ¼hren. Haben die Eheleute mit dem Pflegegeld dagegen gemeinsam gewirtschaftet, sind HÃ¤rtegesichtspunkte nach dem Tod des Ehemanns mit dem allgemeinen VermÃ¶gensschonbetrag fÃ¼r die KlÃ¤gerin nach Â§ 90 Abs 2 Nr 9 SGB XII im Grundsatz abgegolten.

26

Ist die Gutschrift auf dem Bankkonto hingegen vor Eintritt des Todes erfolgt, scheidet eine Sonderrechtsnachfolge aus, weil der Pflegegeldanspruch bei Eintritt des Todes des Ehemanns durch die erfolgte Gutschrift bereits erfÃ¼llt war. GehÃ¶rte der gesamte vor Eintritt des Erbfalles auf dem Bankkonto gutgeschriebene Betrag zum Nachlass, ist der vollstÃ¤ndige Einsatz des Nachlasses den Erben aber im Grundsatz zumutbar (vgl BSG vom 4.4.2019 â□□ B 8 SO 10/18 R â□□ SozR 4â□□3500 Â§ 74 Nr 3 RdNr 32; BSG vom 25.8.2011 â□□ B 8 SO 20/10 R â□□ BSGE 109, 61 = SozR 4â□□3500 Â§ 74 Nr 2, RdNr 26). Daran hÃ¤lt der Senat auch fÃ¼r die vorliegende Konstellation fest.

27

Zur Beurteilung, ob das Guthaben auf dem EmpfÃ¤ngerkonto ganz oder nur zur HÃ¤lfte in den Nachlass fiel (und also auch nur insoweit als NachlassvermÃ¶gen zur Zahlung von Bestattungskosten einzusetzen ist), bedarf es aber noch weiterer tatsÃ¤chlicher Feststellungen des LSG. Bei einer Ã□berweisung erlischt ein Anspruch durch ErfÃ¼llung (Â§ 362 Abs 1 BGB) mit der Gutschrift des geschuldeten Betrags auf dem EmpfÃ¤ngerkonto (vgl BGH vom 28.10.1998 â□□ VIII ZR 157/97 â□□ juris RdNr 9; BGH vom 20.7.2010 â□□ XI ZR 236/07 â□□ BGHZ 186, 269 RdNr 21). Mangels abweichender Regelungen gilt dies auch fÃ¼r AnsprÃ¼che auf Sozialleistungen (vgl nur BSG vom 17.12.2013 â□□ B 11 AL 13/12 R â□□ BSGE 115, 106 = SozR 4â□□4300 Â§ 143a Nr 2, RdNr 22 mwN).

28

Deshalb wird das LSG im Hinblick auf die HÃ¶he des Nachlasses zu prÃ¼fen haben, ob das Bankkonto â□□ dem Regelfall entsprechend (vgl Hopt in Baumbach/Hopt, HGB, 39. Aufl 2020, 2. Teil, V, (7) BankgeschÃ¤fte RdNr A/39; Weidlich in Palandt, BGB, 79. Aufl 2020, Â§ 1922 RdNr 31) â□□ als Gemeinschaftskonto der Eheleute mit EinzelverfÃ¼gungsbefugnis (sog â□□Oder-Kontoâ□□) gefÃ¼hrt wurde. In diesem Fall

konnte â□□ sofern keine anderweitige Absprache der Eheleute vorlag â□□ nur die HÃ¤lfte des im Todeszeitpunkt auf dem Konto vorhandenen Guthabens vererbt werden; die andere HÃ¤lfte stand nach Â§ 426 Abs 1 Satz 1 iVm Â§ 430 BGB â□□ unabhÃ¤ngig von der Herkunft der dem Konto zuflieÃenden Mittel sowie unabhÃ¤ngig vom jeweiligen GÃ¼terstand â□□ von vornherein im Eigentum der KlÃ¤gerin (vgl BGH vom 19.4.2000 â□□ XII ZR 62/98 â□□ juris RdNr 15; BGH vom 29.11.1989 â□□